

## Eröffnung & Begrüßung

### Armutstagung ver.di LBZ Baden-Württemberg 25. Juli 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland stagniert die Armut auf hohem Niveau. Auch wenn immer wieder darüber gestritten wird, was „arm sein“ genau heißt, ist unbestritten:

- ✚ Große Teile der Bevölkerung bleiben abgehängt und zwar unabhängig davon, ob sie in Erwerbsarbeit sind oder nicht.

Mit dem Thema Armut in seinen verschiedenen Ausprägungen und deren Auswirkung wollen wir uns heute beschäftigen.

Ich begrüße Euch daher ganz herzlich hier in Stuttgart zu unserem Fachtag

**„Armut geht uns alle an!“**

Mit dem Zitat **von Bert Brecht:**

**„Reicher Mann und armer Mann standen da uns sah'n sich an.**

**Und der arme Mann sagt bleich: wäre ich nicht arm wärst du nicht reich“**

Ist eigentlich das Kernproblem schon beschrieben und auf dem Punkt gebracht.

Sozialpolitisch Interessierte und engagierte Kolleginnen und Kollegen, Seniorinnen und Senioren und Erwerbslose, sind heute hier in Stuttgart um gemeinsam zu diskutieren und Handlungsansätze aufzuzeigen.

Ich freue mich auch unsere Gäste

- ✚ Frau Engelhardt, Abteilungsleiterin im Ministerium für Soziales und Integration,
- ✚ Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Professor an der Universität Duisburg-Essen und Institut Arbeit und Qualifikation,
- ✚ Prof. Dr. med. Gerhard Trabert, Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.
- ✚ und Andreas Schwarz, erster Direktor der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg

hier begrüßen zu dürfen und freue mich schon auf ihre interessanten Ausführungen.

Es ist uns gelungen, für unsere Tagung mit ihnen hochkarätige Referenten gefunden zu haben, die sich mit dem Problem Armut und Alterssicherung täglich auseinandersetzen.

**Prekäre Arbeit**, schlecht bezahlt und unsicher und **Erwerbslosigkeit** gehören zu den großen Armutsrisiken in unserer Gesellschaft.

Für Erwerbslose hat es seit 2005 massive Verschlechterungen gegeben. Waren damals 50 Prozent der Erwerbslosen armutsgefährdet, sind es heute 60 Prozent.

Um Armut nachhaltig zu bekämpfen, setzt sich **ver.di** für Verbesserungen - hin zu **guter Arbeit** ein.

Dafür brauchen wir bessere gesetzliche Regelungen. Wer Armut langfristig bekämpfen will, muss vordringlich drei Dinge tun:

- ➔ **Prekäre Arbeit zurückdrängen,**
- ➔ **Langzeiterwerbslosen eine Perspektive eröffnen und**

Susanne Wenz, stellv. Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg Eröffnung & Begrüßung Tagung 25.07.2017 |



➔ **den sozialen Schutz bei Arbeitslosigkeit verbessern.**

Gerade Ältere müssen besser vor und auch ggf. bei Arbeitslosigkeit geschützt werden, aus der sie nur sehr schwer wieder herauskommen. Die Hartz-IV-Sätze müssen auf ein menschenwürdiges Existenzminimum angehoben werden.

Viele Menschen sind „**arm trotz Arbeit**“. Deutschland hat immer noch den größten Niedriglohnbereich in Westeuropa, hier muss jeder Fünfte zu weniger als 10 Euro die Stunde arbeiten. Gerade Beschäftigungsverhältnisse, die immer wieder als Einstieg oder Übergang in gute Arbeit gepriesen werden, sind oft Sackgassen und dauerhafte Fallen für schlecht bezahlte Arbeit zu schlechten Bedingungen.

Gerade Minijobs gehören zu den Motoren des Niedriglohnssektors: Siebeneinhalb Millionen arbeiten in solchen Kleinstarbeitsverhältnissen. Knapp fünf Millionen davon sind ausschließlich auf diese Jobs angewiesen, 71 Prozent davon sind Frauen.

Klar ist: 450 Euro im Monat reichen nicht zur eigenständigen Existenzsicherung und bieten weder betriebliche Aufstiegsmöglichkeiten noch soziale Sicherheit. Minijobs sind der sichere Weg in die **Altersarmut**. Deshalb brauchen wir dringend eine Reform, die Minijobs in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandelt, und zwar ab dem ersten Euro. Dazu hat **ver.di und der DGB** einen guten Vorschlag gemacht. Die Politik ist jetzt gefordert sich dieses Themas anzunehmen und den nächsten Schritt zu gehen – dann wären wir auch endlich einen Schritt weiter mit der Bekämpfung des „Gender pay gaps“. Aber das sind nicht die einzigen Beschäftigungsverhältnisse zweiter und dritter Klasse in Deutschland:

- ✚ Auch Leiharbeiter (eine Million Beschäftigte),
- ✚ viele Solo-Selbständige (insgesamt 2,3 Millionen)
- ✚ und befristet Beschäftigte (2,7 Millionen)

werden deutlich schlechter bezahlt als regulär Beschäftigte.

Es zeigt sich: **prekäre Beschäftigungsverhältnisse** werden immer wieder von Arbeitgebern zu Sozial- und Lohndumping missbraucht, dabei hat der Missbrauch von Werkverträgen massiv zugenommen.

Mit **prekärer Beschäftigung** wird der soziale Schutz bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter umgangen, im wahrsten Sinne des Wortes „eingespart“. Gerade für viele Frauen heißt das: kein eigenständiger Zugang zu sozialen Sicherungssystemen.

Das können und wollen wir nicht hinnehmen. Minijobberinnen und Solo-Selbständige gehören in den Schutz der solidarischen sozialen Sicherungssysteme. Die Beschäftigten werden missbraucht um **die Gewinne und den Reichtum weniger zu steigern**.

Die ist die Politik gefordert:

- ➔ Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen eingedämmt werden.
- ➔ Arbeit gehört grundsätzlich in den Schutz der Sozialversicherungen, sie muss anständig bezahlt werden und eine Perspektive bieten.



- ➡ Wir fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit!
- ➡ Der gesetzliche Mindestlohn, für den wir lange gekämpft haben, war ein echter Fortschritt, aber das reicht nicht, um den Niedriglohnsumpf trocken-zulegen.
- ➡ Befristungen, die keinen sachlichen Grund haben, gehören abgeschafft. Sie machen gerade jungen Leuten den Einstieg in gute Arbeit schwer.
- ➡ Bei den Werkverträgen brauchen wir endlich klare Kriterien, um Missbrauch verhindern zu können. Nur dann können Kontrollen wirksam ansetzen, um massenhaftes Lohndumping zu unterbinden – nicht nur am Bau oder in der Fleischindustrie.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang wichtig:

- ➡ **Menschen aus prekären Arbeitsverhältnissen haben in der Regel auch keine Aussicht auf eine auskömmliche Rente.**

Um die wachsende Altersarmut zu verhindern, brauchen wir Reformen bei der Rente – dafür machen DGB, die Gewerkschaften und vor allem auch **ver.di** gemeinsam die Kampagne:

- ➡ **„Kurswechsel jetzt! Gesetzliche Rente stärken!“**

Das Thema Rente und Altersversorgung rückt immer mehr in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion. Das Rentenniveau sinkt, die Renten der Zukunft reichen nicht mehr um ein Leben in Würde nach einem arbeitsreichen Leben führen zu können. Eine reiche Gesellschaft darf es nach unserer Meinung nicht zulassen, dass Menschen ohne Not in Armut geraten. Klar ist, wenn wir in der Rentenpolitik nicht gegensteuern, droht ab 2030 eine dramatische Zunahme der Altersarmut.

Deswegen haben wir als **ver.di** die Initiative ergriffen und auch in **Baden-Württemberg ein Rentenbündnis** initiiert, in dem sich mittlerweile 33 Organisationen, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis zusammengefunden haben, um noch vor der Bundestagswahl aber auch danach, vernehmbar für einen Kurswechsel einzutreten.

Schließlich ist klar:

- ➡ Nur aus guter Arbeit entsteht am Ende des Arbeitslebens dann auch eine gute Rente.
- ➡ Wenn prekäre Beschäftigung weiter zurückgedrängt wird, werden die größten Risiken für Armut in der der Arbeit beseitigt.

Ich wünsche uns einen interessanten Tag mit guten Diskussionen.

